

A9 Baden-Württemberg im Ausland: werteorientiert statt profitorientiert

Antragsteller*in: Sarah Heim
Tagesordnungspunkt: TOP 8 V-Anträge

Antragstext

1 Als Grüne Jugend Baden-Württemberg stehen wir für eine demokratische, offene,
2 menschenrechtsrespektierende und ökologische Gesellschaft. Allerdings ehrt die
3 Landesregierung in Baden-Württemberg (BW) diese Prinzipien durch ihre aktuelle
4 Außen- und Handelspolitik nicht konsequent genug. Wir fordern daher 1) einen
5 stärkeren Eingriff der Landesregierung in die ausländischen Aktivitäten der
6 Unternehmen, bei denen BW Anteilseigner ist, um Menschenrechte zu garantieren
7 und Klimaschutz voranzutreiben; 2) klarere Bedingungen, die BW an ihre
8 regionalen Partner stellt, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in all ihren
9 Regionalpartnerschaften zu schützen; 3) eine konsequente Vetovergabe für klima-
10 und menschenrechtsfeindliche Handelsabkommen im Bundesrat. Diese Forderungen
11 wollen wir bei der nächsten Landesdelegiertenkonferenz der Grünen BW einbringen
12 und abstimmen lassen.

13 **1) BW Unternehmen im Ausland – Menschen und Umwelt schützen, nicht Profite!**

14 Besonders im Energieversorgungs- und Bankensektor ist das Land Baden-Württemberg
15 als Anteilseigner stark vertreten. Zum Beispiel ist es zu über 46% Inhaber des
16 Energieversorgungsunternehmens EnBW. Trotzdem führt EnBW in manchen Standorten
17 ein menschenverachtendes und klimapolitisch katastrophales Geschäftsmodell
18 durch. In Kolumbien z.B. hat u.a. die NGO Urgewald dokumentiert, wie EnBW's
19 Finanzierung vom Kohleabbau in der Region Cesar für krasse Umwelt-, Trinkwasser-,
20 , und Luftverschmutzung verantwortlich ist. Das ist nicht die Art von
21 Verantwortung, die wir als reiches Bundesland von unseren z.T. staatlichen
22 Unternehmen erwarten! Das Land Baden-Württemberg ist auch zu über 40%
23 Anteilseigner der LBBW. Wir wollen, dass BW seinen Einfluss als Miteigentümer
24 nutzt, um klare Bedingungen für Investitionen bzw. Kredite festzulegen, die sich
25 an konkreten Nachhaltigkeitsstandards orientieren. Es kann nicht sein, dass die
26 LBBW heute noch in Unternehmen wie den Schweizer Rohstoffkonzern Glencore, dem
27 u.a. Korruption, Steuervermeidung und Umweltverschmutzung vorgeworfen sind,
28 investiert.

29 **2) Regionale Zusammenarbeit – keine Autokraten oder korrupten Staaten fördern!**

30 Regionale Zusammenarbeit bietet eine zentrale Möglichkeit, Klimaschutz,
31 Menschenrechte und den sozialökologischen Wandel voranzutreiben. Das zeigt z.B.
32 die Under2 Coalition, die BW mitgegründet hat. Als Land, das stark von der EU
33 profitiert, u.a. durch Fördergelder, muss sich BW aber auch für den
34 demokratischen Erhalt der EU einsetzen. Dies kann nur gelingen, wenn es klare
35 Spielregeln zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern gibt. Die bilateralen
36 Beziehungen zwischen BW und Ungarn z.B. nimmt die Grüne Jugend Baden-Württemberg
37 als sehr heikel wahr: Rechtsstaatlichkeit wird in Ungarn immer weiter durch

38 Orban's Fidesz Partei verneint, Pressefreiheit wird unterdrückt und
39 internationale Gelder werden missbraucht. Die kürzliche Schließung der Zentralen
40 Europäischen Universität in Budapest, die gerade für den Erhalt der offenen
41 Gesellschaft 1991 gegründet worden war, zeigt: wenn BW seine Rolle als regionale
42 demokratiestärkende Kraft ernst nimmt, dann müssen die Ministerien, insbesondere
43 das Ministerium für Forschung, Wissenschaft und Kunst sowie das Ministerium für
44 Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau weg von reinen profitorientierten
45 Regionalpartnerschaften! Dabei ist es wichtig, dass die Menschen vor Ort nicht
46 bestraft werden, sondern dass die Zusammenarbeit vor Ort demokratische
47 Grundprinzipien stärkt.

48 **3) Handelsabkommen nur, wenn sie Klimaschutz und Menschenrechte vorantreiben!**

49 Wir stellen uns klar gegen CETA. Die Landesregierung muss sich konsequent gegen
50 Handelsabkommen aussprechen, die Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz nicht
51 als notwendige Bedingungen nennen, und/oder die keine klaren
52 Bestrafungsmechanismen im Abkommen angeben, falls diese Bedingungen verletzt
53 werden.

54 Die Landesregierung muss klare Kante zeigen: Menschen und Umwelt müssen auch im
55 Ausland geschützt werden!